



## **UNTER BESCHLAGNAHME- NICHT FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT BESTIMMT**

Herrn Antonio Guterres, UN-Generalsekretär

Frau Michelle Bachelet, Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte

Herrn Ian Fry, UN-Sonderberichterstatter für den Schutz der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Klimawandel

Frau Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission

Herrn Olaf Scholz, Bundeskanzler Deutschlands

Herrn Iván Duque Marquez, Präsident der Republik Kolumbien

25. April 2022

**Wir fordern ein Ende der Ausweitung extraktivistischer Aktivitäten und systematischer Menschenrechtsverletzungen gegenüber indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften auf kolumbianischem Territorium - wir rufen die Mitgliedsstaaten und die UNO dazu auf, sofort einzugreifen und die Betroffenen zu unterstützen.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als zivilgesellschaftliche Netzwerke, Kollektive und Nichtregierungsorganisationen, die sich dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt verschrieben haben, lehnen wir die Bedrohung des Rechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt im indigenen Gebiet der Wayuu in La Guajira, Kolumbien, entschieden ab und verurteilen den Kohleabbau als andauernde Bedrohung für die Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5°C.

Am 6. April 2022 wurde vereinbart, den Import kolumbianischer Kohle nach Deutschland zu erhöhen, um auf die gegen Russland verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu reagieren. Dadurch ersetzt Deutschland seine Nachfrage nach russischer Kohle mit verstärkter Exploration und Ausbeutung im Gebiet des Wayuu-Volkes. Die wachsende Nachfrage nach kolumbianischer Kohle verleiht El Cerrejón, der größten Kohlemine Lateinamerikas, neuen Auftrieb, nachdem sie im vergangenen Jahr aufgrund der geringen Nachfrage ihre Schließung angekündigt hatte. Nun soll jedoch die Kohleproduktion in El Cerrejón erhöht werden um unter anderem die deutsche Nachfrage nach dem Material zu decken. Einen Tag nach der Vereinbarung zwischen Olaf Scholz und Iván Duque erhielt El Cerrejón von der kolumbianischen Regierung die Erlaubnis, den Bruno-Bach umzuleiten und das in seinem Flussbett liegende Erz abzubauen.



Historisch gesehen war der Bruno-Bach nicht nur eine Quelle des Wassers und des kulturellen und spirituellen Wohlergehens der in diesem Gebiet lebenden indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften, sondern er gilt auch als biologischer Korridor zwischen Perijá und der Sierra Nevada de Santa Marta. Die hier lebenden Gemeinschaften haben bereits dauerhafte und unumkehrbare Verluste und Schäden an ihren Lebensgrundlagen, ihren Häusern und ihrem Territorium sowie einen Verlust der Kultur, Identität und biologischen Vielfalt erlitten, die sich nicht mit Geld messen lassen.

Die jüngsten Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) haben eindeutig bestätigt, dass die aktuellen Herausforderungen der Entwicklung, die zu einer hohen Anfälligkeit führen, durch eine systematische und historisch anhaltende Ungerechtigkeit beeinflusst werden. Dies betrifft insbesondere viele indigene Völker, Afro-Kolumbianer:innen und lokale Gemeinschaften. In jüngsten Berichten wird der Wert verschiedener Formen von Wissen, wie wissenschaftliches, indigenes und lokales Wissen, für das Verständnis und die Bewertung von Klimaanpassungsprozessen und Maßnahmen zur Verringerung der Risiken des vom Menschen verursachten Klimawandels anerkannt.

Wir stehen solidarisch hinter den Anführer:innen und ihren Familien, die Opfer von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen werden, und fordern, dass notwendige und dringende Maßnahmen zum Schutz ihres Lebens und ihrer körperlichen Unversehrtheit ergriffen werden. Die Solidarität mit den indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften Kolumbiens erfordert internationale Aufmerksamkeit und Druck, damit ihre Anliegen Gehör finden und eine Einigung zur Beendigung des derzeitigen sozialen und ökologischen Konflikts erzielt werden kann.

Mehrere Organisationen fordern daher die deutsche und die kolumbianische Regierung sowie die internationale Gemeinschaft dazu auf:

### **Schneller und fairer Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, um die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen**

Die zentrale Botschaft des IPCC ist eindeutig: Der menschliche Einfluss auf das Klima ist eindeutig, beispiellos und unumkehrbar. Demnach haben wir 30 Monate Zeit, um die erforderlichen Änderungen in den Produktions- und Verbrauchsmustern vorzunehmen, bevor wir in ein großes Chaos geraten. Die Fortsetzung einer wahllosen Ausbeutung indigener und afro-kolumbianischer Gebiete zur Förderung einer auf fossilen Brennstoffen basierenden Wirtschaft ist nicht der Weg, um die Erwärmung auf 1,5°C zu halten. Wenn wir katastrophale Schäden für das Klimasystem, die Natur und die Gesellschaft vermeiden wollen, müssen wir die Ausbeutung, die Investitionen und die Förderung fossiler Brennstoffe sofort stoppen und diese Quellen durch dezentrale und nachhaltig erzeugte erneuerbare Energien ersetzen. Es ist zwingend erforderlich, dass die Bundesregierung ihre Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht nur im Inland, sondern auch im



internationalen Kontext einhält.

**Die historische Verantwortung für die Umweltverschmutzung übernehmen, die durch jahrzehntelanges bewusstes Taktieren der fossilen Energiewirtschaft entstanden ist**

Dies ist ein Aufruf an die deutsche Regierung, sich der historischen und aktuellen Verantwortung gegenüber den indigenen und afro-kolumbianischen Gemeinschaften auf kolumbianischem Gebiet zu stellen, die die Folgen des Kohleabbaus in ihrer Heimat erfahren haben, um den Energieverbrauch der deutschen Wirtschaft zu sichern. Die daraus resultierende Klima-, Wirtschafts- und soziale Krise trifft in erster Linie die Menschen, die nicht zur Verschlechterung der von ihnen bewohnten Ökosysteme beigetragen haben. Die Zivilgesellschaft fordert eine angemessene Entschädigung für die sozialen und ökologisch entstandenen Schäden, basierend auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung im Rahmen der Klimagerechtigkeit.

**Gewährleistung des Rechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt**

Die Entscheidungen über die Ausweitung der Bergbauaktivitäten in La Guajira und die Umleitung des Bruno-Stroms wurden nicht im Einvernehmen mit den indigenen und afro-kolumbianischen Wayuu-Gemeinschaften des Gebiets getroffen. Dies und die zunehmenden Drohungen, Schikanen, Verfolgungen und Diskreditierungskampagnen gegen die Anführer:innen der Gemeinschaften gefährden die Unversehrtheit der Menschen und Ökosysteme in diesem Gebiet in hohem Maße. Ein gerechter Wandel muss mit dem Schutz der betroffenen Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen beginnen.

Die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine darf nicht auf Kosten der indigenen Völker der Wayuu und der afro-kolumbianischen Gemeinschaften in Kolumbien gehen. Es ist an der Zeit, dass Staaten mit konkreten Maßnahmen für den Frieden und eine nachhaltige Zukunft für alle Menschen eine Führungsrolle übernehmen - in der Europäischen Union, in Kolumbien, weltweit.

Jetzt oder nie!

Folgende Organisationen schließen sich an: